SOZIAL KONFERENZ RUHR

INTEGRATION UND ARBEIT: SÜDOSTEUROPÄISCHE MIGRATION IM RUHRGEBIET

13. NOVEMBER 2025
OBERHAUSEN

REGIONALVERBAND RUHR

INHALT

Eröffnung 5

WISSENSCHAFTLICHER ÜBERBLICK
Faktencheck:
Arbeitsmarktintegration im Ruhrgebiet 7

BEST PRACTICE
Praxis Hagen:
Migration als kommunales Gesamtkonzept 10

PODIUMSTALK
Integration konkret:
Vom Bedarf bis zur Lösung 14

WISSENSCHAFTLICHER INPUT
Kommunale Sicht:
Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung aus Südosteuropa 19

BEST PRACTICE
Praxis Dortmund:
Lokale Integration konkret gestalten 22

POLIT-TALK
Vom Ruhrgebiet bis nach Brüssel:
Integration im Schulterschluss 24

Moderation: Katja Leistenschneider

ERÖFFNUNG

Frank Motschull, Beigeordneter für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Recht, Stadt Oberhausen

Seit beinahe 200 Jahren prägt das Ruhrgebiet als bedeutende Einwanderungsregion die Migrationsgeschichte Deutschlands und Europas. Zugleich steht die Region für eine lange Tradition erfolgreicher Integration. Mit der EU-Osterweiterung hat die Zuwanderung nochmals an Dynamik und Vielfalt gewonnen – und stellt die Städte und Gemeinden vor neue Herausforderungen.

Arbeitskräfte aus Südosteuropa sind heute aus vielen Branchen im Ruhrgebiet nicht mehr wegzudenken. In Gastronomie, Pflege, Bau, Landwirtschaft oder in wirtschaftsnahen Dienstleistungen leisten diese Menschen einen unverzichtbaren Beitrag. Gleichzeitig sind insbesondere geringqualifizierte Migrant*innen oft von prekären Arbeits- und Lebensbedingungen betroffen und leben zunehmend konzentriert in ohnehin benachteiligten Stadtteilen. Hier zeigen sich die Grenzen bestehender Strukturen. Es wird deutlich, dass Integration und Teilhabe nicht von alleine gelingen.

Die Sozialkonferenz Ruhr hat diese Entwicklungen am 13. November 2025 in der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen aufgegriffen. Gemäß des Tagungsmottos „Integration und Arbeit: Südosteuropäische Migration im Ruhrgebiet“ ging es um Fragen wie: „Welche Erfahrungen gibt es bislang bei der Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen aus Südosteuropa?“, „Welche kommunalen und regionalen Strategien sind erfolgreich?“ oder „Wo besteht weiterer Handlungsbedarf, um Teilhabe und soziale Integration nachhaltig zu stärken?“

Zur Eröffnung sprach Frank Motschull. Katja Leistenschneider begrüßte den Beigeordneten für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Recht der Stadt Oberhausen gleich mit einer interessanten Feststellung: „Wenn es um Migration aus Südosteuropa geht, höre ich nur selten das Stichwort Oberhausen – woran liegt das?“, fragte die Moderatorin. „Erklären können wir uns das tatsächlich auch nicht“, antwortete der Politiker. „Man könnte fast den Eindruck bekommen, wir wären bei der Zuwanderung aus Südosteuropa einfach übersprungen worden.“

Im Vorfeld der Sozialkonferenz Ruhr habe er sich Zahlen zu diesem Thema herausgesucht. Demnach gäbe es in seiner Stadt lediglich 65 beim Jobcenter gemeldete Bedarfsgemeinschaften bulgarischer Staatsangehöriger. Bei rumänischen Staatsangehörigen seien es etwa doppelt so viele. „Das zeigt, dass der Zustrom aus Südosteuropa bei uns sehr gering ist.“ Die größte Gruppe südosteuropäischer Menschen in Oberhausen, so merkte Motschull an, komme aus Serbien – sie mache circa 4,6 Prozent der Gesamtbevölkerung in Oberhausen aus.

„Man weiß aber nicht, wie sich die Situation weiterentwickelt“, sagte Motschull. Angesichts der unsteten weltpolitischen Lage müsse man stets damit rechnen, von der Realität überholt zu werden. Dass Oberhausen nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine rund 3500 Geflüchtete aufnehmen würde, habe vorab schließlich auch niemand erwartet. Rückblickend sei diese Entwicklung für seine Stadt „eine Herausforderung“ gewesen.

> **ICH WÜNSCHE MIR KONKRETERE, SCHNELLERE GESETZGEBUNGSVERFAHREN, DIE DEN KOMMUNEN IN SOLCHEN SITUATIONEN, WIE WIR SIE HIER UND HEUTE BESPRECHEN, AUCH WIRKLICH HELFEN.**
>
> Frank Motschull

Motschull sagte, er persönlich erhoffe sich von der Sozialkonferenz Ruhr zahlreiche Erkenntnisse und Erhellendes sowie einen lebendigen Erfahrungsaustausch mit Vertretern anderer Städte. Gespannt sei er dabei auf Antworten zu Fragen wie „Ist Integration in den Arbeitsmarkt gelungen?“, „Wie habt Ihr das geschafft?“ oder „Gibt es Stadtviertel, die besonderes Augenmerk genießen?“.

Danach gefragt, in welchen Bereichen die Kommunen Motschulls Meinung nach aktuell Unterstützung benötigen, erinnerte der erfahrene Dezernent an mögliche Veränderungen der Außengrenzen der Europäischen Union. Dazu stellte er fest, dass man nicht „über jede EU-Erweiterung in die Hände klatschen sollte, sondern mit Sensibilität, Bedacht und Vorsicht vorgehen müsse“.

Zudem, sagte Motschull, erwarte er vom Bund und vom Land eine Gesetzgebung, die den Kommunen die Arbeit tatsächlich einfacher mache – und nicht erschwere oder gar behindere. „Kurzum: Ich wünsche mir konkretere, schnellere Gesetzgebungsverfahren, die den Kommunen in solchen Situationen, wie wir sie hier und heute besprechen, auch wirklich helfen“, sagte Motschull.

Die Realität hingegen sehe anders aus. Mit Blick auf die Diskussion um Sozialleistungen, etwa beim Bürgergeld, kritisierte Motschull den langwierigen Reformprozess. Die Einführung der Bezahlkarte – einer Guthaben-basierten Debitkarte für Asylbewerber – sei aus seiner Sicht „eine Katastrophe“ gewesen, „völlig dilettantisch“. „Und auch bei der großen Sozialstaat-Reform bin ich gespannt, welche Ergebnisse dabei rauskommen.“

Faktencheck: Arbeitsmarktintegration im Ruhrgebiet

Dr. Thorsten Schlee, Institut für Arbeit und Qualifizierung, Universität Duisburg-Essen

Was wäre eine Diskussion zum Thema „Integration und Arbeit: Südosteuropäische Migration im Ruhrgebiet“ ohne belastbare Fakten? Dr. Thorsten Schlee kennt diese Fakten. Der Politikwissenschaftler vom Institut für Arbeit und Qualifizierung der Universität Duisburg-Essen hat aber auch die konkrete Situation in den von Migrationsbewegungen betroffenen Quartieren im Blick. Sein Ansatz: Die Wissenschaft muss raus aus den Hochschulen – und rauf auf die Straße. Fast zwei Jahre lang hatte der Forscher ein interdisziplinäres Projekt in den Duisburger Stadtteilen Marxloh und Hochfeld begleitet. Das Ziel war es, die in der Wissenschaft zugänglichen Zahlenwerte um alltägliche Beobachtungen aus der Praxis zu erweitern. Um in Kontakt zu kommen mit den Menschen vor Ort, hatten Dr. Thorsten Schlee und sein Team lokale Vereine mit ins Boot geholt. Bei der Sozialkonferenz Ruhr gab Schlee nun Einblicke in die Ergebnisse seiner Arbeit.

Bei seinem „Faktencheck: Arbeitsmarktintegration im Ruhrgebiet“ ging es zunächst um die verfügbare Datenlage. Dazu hatte Schlee unter anderem aktuelle Statistiken von der Bundesagentur für Arbeit und von IT.NRW herangezogen. Zugleich mahnte er zur Vorsicht bei deren Betrachtung: „Wenn ich eine Nationalität in den Vordergrund rücke, erwecke ich damit den Eindruck, dass diese nationale Zugehörigkeit der alles entscheidende Bestimmungsfaktor für die soziale Lage der Menschen ist – und genau das ist zweifelhaft“.

In den vergangenen zwölf Jahren, so Schlee, habe sich in Deutschland der Anteil der ausländischen Bevölkerungsgruppen auf 14 Millionen Menschen mehr als verdoppelt. 1.345.000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien lebten in Deutschland, was wiederum circa 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmache. In Nordrhein-Westfalen seien es 274.000 Menschen, was ebenfalls einem prozentualen Anteil von 1,5 entspreche.

Im Ruhrgebiet seien es etwa 94.000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien, also knapp zwei Prozent der Bevölkerung. Die höchsten Personenzahlen fänden sich in Duisburg (15.750), Dortmund (5010) und Gelsenkirchen (4030).

Angesichts der Kriege in Syrien und der Ukraine, so Schlee, sei die europäische Personenfreizügigkeit in den vergangenen Jahren vornehmlich mit Fluchtmigration in Verbindung gebracht – und somit problematisiert – worden. Darüber sei zuweilen vergessen worden, dass die europäische Personenfreizügigkeit die ganze Zeit über zu extrem positiven Arbeitsmarkteffekten beigetragen habe.

Bei der Beschäftigungsentwicklung sei seit dem Jahr 2014 in Deutschland ein starkes Wachstum zu beobachten gewesen. „Trotz aktueller Einbrüche haben noch nie so viele Leute in der Bundesrepublik gearbeitet wie in den vergangenen Jahren“, sagte Schlee. „Und dieses Wachstum wurde ganz wesentlich von ausländischen Beschäftigten getragen.“ In dieser Gruppe habe es zuletzt fast eine Verdoppelung der Zahlen gegeben – von 3,2 auf 6,3 Millionen Beschäftigte. „Auch bei den Menschen aus Rumänien und Bulgarien sind die Zahlen stetig steigend.“ Viele von ihnen seien jedoch nur geringfügig beschäftigt, und in eben dieser Gruppe gäbe es einen auffallend hohen Frauenanteil.

> **„VIELE MENSCHEN SIND TROTZ ARBEIT AUS GANZ VIELEN SOZIALEN PROZESSEN MATERIELL UND SYMBOLISCH AUSGESCHLOSSEN“**
>
> Dr. Thorsten Schlee

Auch in NRW sei die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse seit dem Jahr 2013 gestiegen, von sechs Millionen auf 7,2 Millionen. Mit Blick auf Rumän*innen und Bulgar*innen habe das Land sogar eine Versechsfachung erlebt – von etwa 19.000 auf 120.000 Beschäftigungsverhältnisse.

Soweit präsentierte Schlee viele positive Zahlen. Doch dann folgte eine Betrachtung der begonnenen Ausbildungsverhältnisse: „Wenn Sie sehen, wie viele junge Menschen aus Rumänien und Bulgarien in den vergangenen Jahren in Duisburg, Gelsenkirchen oder Dortmund zur Schule gegangen sind, dann staunen Sie unweigerlich, dass sich diese hohen Zahlen kaum in den Ausbildungszahlen niederschlagen“, sagte der Politikwissenschaftler.

Angesichts des zuvor skizzierten Wachstums der Beschäftigungsverhältnisse, dürfe man, so Schlee, nicht vergessen, die Struktur der Beschäftigung zu betrachten. „Da sehen wir nämlich einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Arbeitern auf Helferinnen- oder Helfer-Niveau.“ Bei den beschäftigten Menschen aus Rumänien und Bulgarien läge dieser Wert im RVR-Gebiet bei 55 Prozent.

Da viele Rumän*innen und Bulgar*innen überdurchschnittlich oft im Niedriglohnbereich beschäftigt seien, werde auch deutlich, dass Arbeitsmarktintegration nicht unbedingt mit gesellschaftlicher Teilhabe gleichzusetzen sei. „Viele Menschen sind trotz Arbeit aus ganz vielen sozialen Prozessen materiell und symbolisch ausgeschlossen“, sagte Schlee.

Von der Statistik leitete Schlee über zu seinem Wissenschafts-Praxis-Projekt in Duisburg. In Hochfeld und Marxloh hatten er und seine Kolleg*innen an rund 700 Sozialberatungs-Sitzungen der beiden Vereine „Stolipinovo in Europa e. V.“ und „SGDV e. V.“ teilgenommen sowie zahlreiche Interviews geführt. Ihr Ziel war es, mehr über die Lebenslagen von Rumän*innen und Bulgar*innen, aber auch ganz allgemein über die Situation von Migrant*innen in urbanen Sozialräumen, zu erfahren. Im Fokus dabei waren die Bereiche Arbeit, Zugang zu sozialen Leistungen und Wohnen.

Bei Gesprächen über das Thema Arbeit erfuhr Schlee aus erster Hand von prekären Arbeitsverträgen, unbezahlten Überstunden und mangelndem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. „Dabei wurde deutlich, dass die Übergänge zwischen formeller und informeller Beschäftigung fließend sind“, so Schlee.

„Hinzu kommt: Wenn eine Person für 2000 Euro netto arbeitet, um eine sechsköpfige Familie zu ernähren, dann reicht das nicht. Diese Menschen sind also andauernd abhängig von sozialer Sicherung."

Der Zugang zu sozialen Leistungen werde den Menschen jedoch von der Politik mit strengen Nachweispflichten erschwert. „Und das erzeugt bei den Menschen wiederum den Druck, jede Beschäftigung anzunehmen, die ihnen angeboten wird."

Eine weitere Erkenntnis von Schlees Feldforschung: Menschen aus Rumänien und Bulgarien erleben eine starke Diskriminierung am Wohnungsmarkt. „Dadurch entsteht eine Bewegung hinein in informelle Segmente des Wohnungsmarktes", so Schlee. „Wenn Sie aber in solchen Verhältnissen wohnen, erhalten Sie wahrscheinlich nie eine ordentliche Nebenkostenabrechnung. Die brauchen Sie aber, um eine Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung zu beantragen."

Sind die Menschen erst einmal in diesen Teufelskreis aus prekärer Arbeit und belastender Wohnsituation geraten, kommen sie kaum wieder hinaus. „Daher", so Schlee, „sollten wir mehr vor der eigenen Haustüre kehren und uns diese Mechanismen der Armutsproduktion, die lokal stattfinden, anschauen und daran arbeiten, Lösungen zu finden". Gelingen könne dies beispielsweise durch einen vereinfachten Zugang zu staatlichen Leistungen, mehrsprachige Beratungsangebote sowie die Unterstützung beim Zugang zu Bildung und qualifizierter Arbeit, etwa durch Sprachkurse.

Seinen Vortrag schloss Schlee mit einem Appell: „Die Lebenssituation der Beschäftigten muss sich verbessern. Arbeit muss sich auch ohne staatliche Subventionen wieder lohnen. Was wir dabei verhandeln, ist nicht weniger als die Zukunft eines sozialen Europas."

> **„DIE LEBENSSITUATION DER BESCHÄFTIGTEN MUSS SICH VERBESSERN. ARBEIT MUSS SICH AUCH OHNE STAATLICHE SUBVENTIONEN WIEDER LOHNEN. WAS WIR DABEI VERHANDELN, IST NICHT WENIGER ALS DIE ZUKUNFT EINES SOZIALEN EUROPAS.**
>
> Dr. Thorsten Schlee

BEST PRACTICE

Praxis Hagen: Migration als kommunales Gesamtkonzept

Güler Kahraman, Leitung Kommunales Integrationszentrum Hagen
Martina Soddemann, Beigeordnete für Jugend und Soziales, Bildung und Kultur, Stadt Hagen

Geht es in einem Gespräch um das Thema Zuwanderung aus Südosteuropa, dauert es meist nicht lang, bis eine 190.000-Einwohner-Stadt am südöstlichen Rand des Ruhrgebiets erwähnt wird. „Wie läuft es denn in Hagen?“ – mit dieser Frage eröffnete auch Moderatorin Katja Leistenschneider ihr Gespräch mit Martina Soddemann. Die Beigeordnete für Jugend und Soziales, Bildung und Kultur war eingeladen, ihre Stadt bei der Sozialkonferenz Ruhr als „Best Practice“ vorzustellen.

„In Hagen sehen wir“, sagte Soddemann, „dass die Zuwanderung aus Südosteuropa tatsächlich alle Bereiche einer Verwaltung in Anspruch nimmt. Insofern versuchen wir, die Situation nicht als Einzelproblem zu betrachten, sondern mit einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, über alle Fachbereiche der Stadt hinweg, an einer Lösung zu arbeiten.“

Deutlich machte die Beigeordnete, dass sie bei der Betrachtung südosteuropäischer Migration nicht über „Herausforderungen“ reden möchte, sondern über „Probleme“. Der Grund dafür: „Die Leute nehmen uns das Wort Herausforderung nicht mehr ab. Sie sehen ja, was vor ihren Haustüren los ist.“

Eine weitere Prämisse Soddemanns: „Wenn ich von Problemen spreche, geht es nicht um den einzelnen Menschen, der aus Rumänien oder Bulgarien zu uns kommt. Diese Menschen werden aufgrund von Diskriminierungserfahrungen dazu getrieben, ihre Länder zu verlassen und zu uns zu kommen.“ Eine zusätzliche Motivation sei für sie die Hoffnung, einen Ort zu erreichen, an dem es ihren Kindern besser geht. „Und wenn sie dann bei uns in einer Problemimmobilie landen, ist das im Vergleich zu dem, was sie gewohnt sind, tatsächlich ein Luxus.“

Hagen habe – anders als häufig angenommen – vergleichsweise wenige Bewohner aus Rumänien oder Bulgarien: 6800 Menschen seien es an der Zahl. „Setzt man dies jedoch in Relation zu unserer Einwohnerzahl, bedeutet dies Platz drei in NRW“, erklärte Soddemann.

Bis ins Jahr 2015 sei Hagen eine schrumpfende Stadt gewesen. Die demografische Entwicklung schien so eindeutig, dass sogar Schulen geschlossen wurden. Rückblickend ein Fehler, doch das war damals noch nicht absehbar. „Dann kam 2015 der Break“, sagte Soddemann, „seitdem erlebt Hagen eine Zuwanderung, eben auch aus den Staaten Bulgarien und Rumänien. Und das führt dazu, dass wir aktuell Schulplatzmangel haben.“

> **ES KOMMEN 500, ES GEHEN 500 – DAS IST EIN TEIL DES PROBLEMS. WIR FANGEN IMMER WIEDER VON VORNE AN.**
>
> Martina Soddemann

Jetzt fordere die Stadtgesellschaft den Bau neuer Schulen. Doch dafür brauche es Grundstücke, Baugenehmigungen – und Geld. „Wir können nicht mal eben die Volkshochschule bitten, ein Brückenangebot zu schaffen. Das dürfen wir nicht einmal, weil sich dann die Frage stellt, wie die Schülerinnen und Schüler dort versichert sind“, berichtete Soddemann. „Bei einem solchen Schulplatzmangel können wir die Kinder und Jugendlichen gewiss nicht schnell integrieren, das ist vollkommen klar.“

Zugleich, daran erinnert Soddemann, gebe es bei Kindern und Jugendlichen aus Rumänien und Bulgarien einen hohen Schulabsentismus. Gleiches gelte für den Kindergartenbesuch. „Natürlich setzen wir alles daran, diese jungen Menschen und ihre Eltern zu erreichen, aber wir sprechen hier von einer Gruppe, die in ihren Herkunftsländern diskriminiert worden ist – somit haben sich die Eltern daran gewöhnt, dass ihre Kinder vor der Schule geschützt werden müssen.“

Ein weiterer Grund für das Fernbleiben vom Schulunterricht sei, dass Kinder und Jugendliche aus Rumänien und Bulgarien in ihren Familien mithelfen müssten. Aufgrund eines anders geprägten Familienbildes sei es für sie selbstverständlich, dass ältere auf jüngere Kinder aufpassen müssten.

Das Hagener Konzept im Umgang mit der Migration aus Südosteuropa und den daraus resultierenden Phänomenen sehe vor, eine große Vernetzung innerhalb der Stadt herzustellen. Alle Fachbereiche der Stadtverwaltung zögen an einem Strang, der Zoll sei dabei ebenso mit eingebunden wie die Polizei, etwa wenn eine Taskforce Problemimmobilien auf Sicherheitsmängel kontrolliere. „Das alles kostet Geld. In Hagen leben wir nicht nur in einer Haushaltssicherung, nein, wir sind eine überschuldete Kommune. Und damit gibt es für uns nicht die Möglichkeit, die Dinge auszugleichen, die wir nicht durchfinanziert haben.“

Die Folgen, so befürchtete es Soddemann, könnten drastisch ausfallen: „Müll, Problemimmobilien – manche Quartiere rutschen immer weiter in eine Negativspirale, die wir alleine und ohne Hilfe nicht in den Griff bekommen“.

Befördert werde die Situation der Kommunen durch die hohe Fluktuation der Menschen aus Rumänien und Bulgarien. „Es kommen 500, es gehen 500 – das ist ein Teil des Problems. Wir fangen immer wieder von vorne an“, sagte Soddemann. „Zum Teil gehen die Menschen mal für ein Jahr in ihre Heimatländer zurück, dann kommen sie wieder, und in der Zwischenzeit hatten ihre Kinder wieder keine Schule besucht.“

Beim ständigen Blick auf das Thema Armutszuwanderung dürfe man obendrein nicht vergessen, dass in Hagen nicht nur arme Menschen aus den Ländern Rumänien und Bulgarien lebten. „Wir haben sehr viele arme Menschen in der Stadt“, mahnte Soddemann. „Wir haben das niedrigste Haushaltseinkommen in Nordrhein-Westfalen, wir haben aktuell die höchste Anzahl an Schülerinnen und Schülern in Fördergruppen. Wir stehen leider Gottes immer ganz unten…“ Es waren offene Worte, die von Herzen kamen. Die Besucher*innen der Sozialkonferenz Ruhr belohnten Soddemanns engagierten Auftritt mit Applaus.

Als es wieder still ist im Saal, begrüßte Moderatorin Katja Leistenschneider einen weiteren Gast: Güler Kahraman, die Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums in Hagen. Zu ihr sagte Leistenschneider: „Und trotzdem steht Hagen als Best Practice da…“. Ihr Satz war eine Feststellung, aber auch eine Frage schwang darin mit: „Was ist das Gesamtkonzept?“

Kahraman erklärte nun das Kommunale Integrationsmanagement (KIM) und sprach über die Arbeit dreier Teams, die sich unterschiedlichen Schwerpunkten annehmen. Das „Case Management“ widme sich explizit der Zielgruppe aus Südosteuropa. Es wirke im Zusammenspiel mit einer aus eigenen Mittel finanzierten Schnittstelle, dem Quartiersmanagement. Dieses wiederum setze sich zusammen aus Menschen aus der Zielgruppe – herkunftssprachliche Mitarbeitende. „Und die retten uns. Denn ohne sie könnten wir die Menschen aus Rumänien und Bulgarien nicht erreichen“, sagte Kahraman.

Das Quartiersmanagement sei im Außeneinsatz tätig, und zwar dort, wo die Menschen aus Südosteuropa ankommen, etwa an den Bahnhöfen. „Wir haben mehr als 400 Beratungen pro Monat“, sagte Kahraman. Gesprochen wird über alles, was die Menschen bewegt: Kindergeld, Wohngeld, SGB II-Leistungen – also alles, was die Neuankommenden brauchen, um ihre Existenz zu sichern. „Die Kolleginnen und Kollegen stellen dabei immer wieder fest, dass ein Großteil dieser Zielgruppe Multiproblemlagen mitbringt“, so Kahraman. „Dann leiten sie sie diese Fälle an das Case Management weiter, das die Menschen dann weiter begleitet.“

Ein weiteres Team habe in Anlehnung an das Landesprojekt „Vast Vasteste“ den Schulabsentismus im Blick. „Das ist ein super Programm“, sagte Kahraman, „leider ist es aber nur auf Grundschulen ausgerichtet.“ Da auch viele ältere Kinder unter den Zugewanderten sind, die in ihren Herkunftsländern noch nie eine Schule besucht haben, habe die Stadt Hagen selbst Geld in die Hand genommen und in drei weiterführenden Schulen ähnliche Programme gestartet – unter Mitwirkung von Menschen aus der Community. „Die öffnen uns mit ihren Sprachkenntnissen die Tür zu dieser Zielgruppe“, so Kahraman. „Und wir verzeichnen erhöhte Beratungszahlen. Zugleich melden uns die Schulen, dass durch den Einsatz unserer Bildungsmediatorinnen und Bildungsmediatoren zugleich Schulabsentismus ab- und Vertrauensverhältnisse aufgebaut werden konnten.“

Katja Leistenschneider leitete das Gespräch vom Thema Bildung nun zum Bereich Arbeit. „Wie sieht es aus“, fragte sie, „gelingt Integration durch Arbeit – oder steht die Integration an erster Stelle, und erst dann kommt die Arbeit?“

WENN DIE MENSCHEN BEI UNS ANKOMMEN, HABEN SIE ERSTMAL GANZ ANDERE, EXISTENZIELLERE PROBLEME ALS ARBEIT.

Güler Kahraman

Kahramans Antwort: „Wenn die Menschen bei uns ankommen, haben sie erstmal ganz andere, existenziellere Probleme als Arbeit“. Dazu merkt Kahraman an, dass auch Hagen mit der Umsetzung des Landesprogramms „NRW.integrativ“ beschäftigt sei. „Und da brauchen wir uns mit den Zahlen nicht zu verstecken – von 54 bisher in den Arbeitsmarkt vermittelten Menschen kommen sieben aus Rumänien und Bulgarien.“ Darüber dürfe aber nicht vergessen werden, dass es in Hagen 6.800 Menschen im Leistungsbezug gebe.

Martina Soddemann ergänzte, dass es Hagens Bestreben sei, insbesondere jene Menschen aus Südosteuropa zu erreichen, die bereits in zweiter oder dritter Generation in der Stadt leben, auch in Abstimmung mit dem Jobcenter und unter Berücksichtigung des heimischen Arbeitsmarktes. „Es geht darum, die Ausbildungsquoten zu erhöhen und die Menschen besser zu qualifizieren“, sagte Soddemann. „Eine geringfügige Beschäftigung im Rahmen einer Helfertätigkeit sorgt ja nicht für Teilhabe und Integration.“

In ihrem Schlusswort unterstrich Soddemann vor welcher großen Aufgabe ihre Stadt steht: „Gerade mit Blick auf den Arbeitsmarkt, dürfen wir nicht vergessen, dass Hagen als ehemalige Industriestadt, die den Strukturwandel noch nicht abgeschlossen hat, vor weiteren Fragen steht. Bei uns trifft Armut auf Armut – das macht die Situation nicht besser, insbesondere wenn es um die Themen Integration und Arbeitsmarkt geht.“

Ferner betonte sie, dass beim Umgang mit der Migration im Ruhrgebiet alle politischen Ebenen – Kommunen, Land, Bund und Europäische Union – gemeinsam an Lösungen arbeiten müssten. „Mehr strukturelle Unterstützung in diesem Feld, unabhängig von einzelnen Projektförderungen, wäre ein wesentlicher Gewinn für die Kommunen.“

PODIUMSTALK

Integration konkret: Vom Bedarf bis zur Lösung

Frank Böttcher, Geschäftsführer, jobcenter Duisburg
Brigitte Castillo-Hernandez, Abteilungsleitung, NEUE ARBEIT der Diakonie Essen
Anja Dittmann, Geschäftsbereichsleitung Nord Personal/Arbeitsorganisation, MEDICLIN Service GmbH
Moderation: Katja Leistenschneider

In Duisburg leben fast 27.000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Damit steht die Stadt mit Blick auf die Zuwanderung aus Südosteuropa im Ruhrgebiet an der Spitze. Um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen, gab es am Vortag der Sozialkonferenz Ruhr 2025 einen Rundgang durch den Stadtteil Marxloh. Mit dabei war auch Frank Böttcher, der Leiter des Duisburger Jobcenters.

Katja Leistenschneider: Herr Böttcher, welche Botschaft wollten Sie mit diesem Rundgang vermitteln?

Frank Böttcher: Es ging darum, zu zeigen, wie sich Marxloh anfühlt. Wir wollten aber auch vermitteln, dass Migration für so einen Stadtteil eine heftige Herausforderung ist. Dazu möchte ich anmerken: Deutschland braucht Zuwanderung! Mit Blick auf die Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Duisburg ergibt sich aber ein hochdifferenziertes Bild. Auf der einen Seite haben wir gut qualifizierte Menschen, die sehr häufig Jobs übernehmen, die viele Deutsche schlicht nicht mehr machen wollen, etwa in der Pflege. Auf der anderen Seite haben wir Zuwanderung, die – aus Sicht des Jobcenters – extrem starke Betreuung und Unterstützung bedarf.

Katja Leistenschneider: Inwiefern?

Frank Böttcher: Das Jobcenter in Duisburg versorgt 71.000 Menschen mit Geld. Das entspricht etwa 15 Prozent der Gesamteinwohnerzahl. Bei den Rumänen und Bulgaren ist der Unterstützungsbedarf deutlich höher, bezogen auf die Wohnbevölkerung sind es mehr als 30 Prozent. Daraus zu folgern, dass diese Menschen nicht arbeiten wollen, wäre zu einfach. Es hängt vor allem damit zusammen, dass sie oft eher geringe Qualifikationen aufweisen und somit nur wenig verdienen. Zugleich haben sie oft große Familien, was wiederum hohe Lebenshaltungskosten bedeutet.

Wir haben aber auch Zuwanderung, die uns trotz all‘ unserer Bemühungen vor wirkliche Schwierigkeiten stellt, weil wir an die Menschen nicht herankommen.

Die Frage, wie es gelingen kann, Menschen mit Migrationshintergrund in ein Beschäftigungsverhältnis zu vermitteln, kennt auch Brigitte Castillo-Hernandez. Die Abteilungsleiterin im Projekt NEUE ARBEIT der Diakonie Essen gab als Teilnehmerin des Podiumstalks Einblicke in ihre Arbeit.

Katja Leistenschneider: Frau Castillo-Hernandez, nicht jeder kennt das Projekt NEUE ARBEIT. Stellen Sie es uns doch mal vor.

Brigitte Castillo-Hernandez: Die NEUE ARBEIT ist der größte evangelische Beschäftigungsträger in Essen, und wir haben das von der Europäischen Union und vom Land NRW geförderte Projekt „MiA – Migrant*innen in Arbeit“ durchgeführt. Es ging um die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern, zunächst mit dem Fokus auf Südosteuropa, später dann auch für weitere Teile Europas.

Brigitte Castillo-Hernandez, Frank Böttcher, Anja Dittmann, Katja Leistenschneider (v. L. n. R.)

Katja Leistenschneider: Was haben Sie da konkret gemacht?

Brigitte Castillo-Hernandez: Wir haben vor allem ganzheitlich mit den Menschen gearbeitet. Teil des Teams waren Kulturmittler und Kulturmittlerinnen, die uns in der Kommunikation unterstützen konnten und für uns ein Türöffner zur Zielgruppe waren. So ist es gelungen, Bedarfe wirklich gut und gezielt erkennen zu können.

Katja Leistenschneider: Bedarf ist das Stichwort. Unser Talk steht ja unter dem Motto „Vom Bedarf zur Lösung“ – und Bedarf gibt es auch bei Arbeitgebern.

---

*Um die Sicht der Arbeitgeber abzubilden, hatten die Veranstalter*innen der Sozialkonferenz Ruhr Anja Dittmann eingeladen. Sie verantwortet den Geschäftsbereich Nord Personal/ Arbeitsorganisation bei der MEDICLIN Service GmbH. Das Unternehmen ist unter anderem aktiv in Rehakliniken, Krankenhäusern sowie Seniorenanlagen und bietet verschiedene Services rund um Reinigung und Küche an.*

Katja Leistenschneider: Frau Dittmann, was für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen Sie? Welche Bedarfe haben Sie?

Anja Dittmann: Wir suchen Reinigungskräfte, Servicemitarbeiter und Auszubildende.

Katja Leistenschneider: Und wie finden Sie die?

Anja Dittmann: Das ist mühselig. Zum einen schreiben wir Stellen auf unserer Webseite aus. Zum anderen greifen wir auf kommerzielle Anbieter zurück, nutzen Kleinanzeigen-Portale im Internet oder veranstalten „Mitarbeiter werben Mitarbeiter“-Aktionen. Außerdem sind wir mit den Jobcentern im Austausch. Wenn ich drüber aber mit meinen Kolleginnen und Kollegen spreche, stößt das selten auf Begeisterung. Die Reaktion ist meist: „Von denen kommt doch sowieso nichts“.

Katja Leistenschneider: Da gebe ich direkt mal weiter an Herrn Böttcher… Können Sie sich vorstellen, warum?

Frank Böttcher: Ich gehe davon aus, dass die Kolleginnen und Kollegen von Frau Dittmann damit meinen, dass sie zwar Vorschläge erhalten, letzten Endes aber niemand bei ihnen vorstellig wird. Tatsächlich erleben wir, dass viele Menschen, die bei uns sind, eine hohe Problemlage aufweisen, die wiederum verhindert, dass sie Stellenangebote bedienen können. Ebenso gehört es aber auch zur Wahrheit, dass es Menschen gibt, die einen gewissen Bogen um konkrete Arbeitsangebote machen.

Anja Dittmann: Ich glaube trotzdem, dass die meisten Menschen arbeiten möchten. Ich gehe aber auch davon aus, dass es – gerade, wenn wir über die Zielgruppe der Roma sprechen – ein hohes Misstrauen gegenüber den Behörden gibt. Das liegt sicher daran, dass die Menschen in ihren Herkunftsländern massive Diskriminierungserfahrungen in Zusam-

menhang mit dem Staat gemacht haben. Wir sprechen da über Traumata, die über Generationen hinweg vererbt werden und Familien belasten.

Frank Böttcher: Das stimmt alles. Deswegen werbe ich ja immer für eine Differenziertheit bei der Betrachtung des Themas. Wir als Jobcenter müssen aber etwas an die Hand bekommen, das es uns ermöglicht, denjenigen, die nicht arbeiten wollen – da bin ich jetzt nicht nur bei Rumänen und Bulgaren –, auf die Sprünge zu helfen. Damit steht und fällt in der Bevölkerung die Akzeptanz unseres sozialen Sicherungssystems. Solange die Menschen den Eindruck haben, dass denen geholfen wird, die wirklich Hilfe benötigen, funktioniert alles. Daher braucht der Staat eine Handhabe gegen diejenigen, die das System ausnutzen. Letztere sind eine Minderheit, aber wir müssen sehen, wie wir mit dieser Minderheit umgehen. Darüber dürfen wir jedoch nicht alles kaputtreden. Tatsache ist nämlich auch, dass ein Jobcenter wie Duisburg jedes Jahr 12.000 Integrationen macht.

Katja Leistenschneider: Zurück zu Frau Dittmann. Nehmen wir mal an, Sie haben einen geeigneten Kandidaten gefunden. Wie geht es dann weiter?

Anja Dittmann: Zunächst schauen wir, welche Nationalität die Bewerberin oder der Bewerber hat. Das Wort „Nationalität“ betone ich, weil es ganz, ganz selten ist, dass eine deutsche Dame oder ein deutscher Herr zu uns kommen. Im Vorstellungsgespräch stehen wir dann zuweilen vor einer gewissen Sprachbarriere. Aber wir sind auch mit weiteren Hürden konfrontiert. Wer im Gesundheitswesen arbeiten möchte, braucht beispielsweise einen Masernschutz. Jetzt gibt es einige, die keine Impfung wollen. Da ist dann Überzeugungsarbeit erforderlich…

Brigitte Castillo-Hernandez: … und da kommt dann die NEUE ARBEIT der Diakonie ins Spiel. Wir sind ein Partner der MEDICLIN Service GmbH. Und es gehört zu unseren Aufgaben, die persönliche Ansprache für den Arbeitgeber so individuell zu gestalten, dass jemand sehr passgenau vermittelt werden kann.

Katja Leistenschneider: Mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind Sie da unterwegs?

Brigitte Castillo-Hernandez: Wir haben mehr als 250 Mitarbeitende, etwa in den Bereichen Arbeitsangelegenheiten, Berufsorientierung und Sprachförderung. Die Vermittlungsabteilung flankiert dabei alle berufsorientierenden und weiterbildenden Maßnahmen. Wenn wir sehen, dass wir einen potenziellen Bewerber oder eine Bewerberin für Frau Dittmann und die MEDICLIN haben, schlagen wir ihn vor. Selbst wenn das Vorstellungsgespräch dann nicht gut läuft, ist das eine hilfreiche Erfahrung. Ist fehlende Kinderbetreuung die Ursache, sind es mangelnde Sprachkenntnisse oder Probleme bei der Pünktlichkeit, weil die Arbeitsstelle nicht gut mit Bus und Bahn erreichbar ist? Wenn wir die Antworten kennen, können wir mit den Menschen daran arbeiten.

Anja Dittmann: Solche Punkte berücksichtigen wir auch bei unseren Vorstellungsgesprächen. Ich frage immer ganz offen: Haben Sie Kinder? Wenn dem so ist, planen wir das bei den Arbeitszeiten ein. Und falls das dann nicht mehr zur ausgeschriebenen Stelle passt, versuchen wir, eine zu basteln – und zwar so, dass sie für die Lebensumstände unseres künftigen Mitarbeiters oder der künftigen Mitarbeiterin funktioniert.

Katja Leistenschneider: Frau Dittmann, wie wichtig ist es denn für Sie, dass Sie dabei Fördermittel bekommen?

„WIR BRAUCHEN EINE BESTÄNDIGKEIT IN DEN RAHMENBEDINGUNGEN, DANN KÖNNEN WIR DEUTLICH BESSER HELFEN.

Frank Böttcher

Anja Dittmann: Dass es im Falle erfolgreicher Vermittlungen Fördergelder vom Jobcenter gibt, ist theoretisch eine gute Sache. Sie zu erhalten, ist in der Praxis oft sehr umständlich. Ich hatte einen Fall, da sind 15 E-Mails hin und her gegangen. Irgendwann hab ich dann gesagt: Ich bin doch keine Bittstellerin, ich möchte die Sache beenden! Am Ende des Tages habe ich für drei Wochen Fördergelder bekommen.

Ein anderer Fall: Nachdem wir eine Stellenanzeige geschaltet hatten, bat uns ein Jobcenter eine Förderung von 75 Prozent des Gehalts für das erste Jahr an, im zweiten Jahr übernahmen sie dann noch 50 Prozent. Das war natürlich eine Motivation! Und, wissen Sie, diesen Mitarbeiter haben wir erfolgreich integriert. Inzwischen ist er seit acht Jahren bei uns.

Frank Böttcher: Dazu möchte ich gerne etwas anmerken. Das Sozialgesetzbuch II bietet tatsächlich eine ganze Reihe von Förderinstrumenten an. Die Ausgestaltung hängt von den individuellen Voraussetzungen der Person ab, die in Arbeit gebracht werden soll. Zudem spielt ein weiterer, bestimmender Faktor mit rein – das ist die Finanzsituation des Jobcenters. Und die ist – vorsichtig ausgedrückt – unstet.

In Duisburg hatten wir zu Jahresbeginn heftige Kürzungen. Etwa 30 bis 35 Prozent des Eingliederungstitels, also des Budgets zur Finanzierung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von Arbeitsuchenden, wurden uns bei unveränderter Arbeitsmarktsituation weggenommen oder eben nicht zugestanden. Das hat bei den Trägern der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Duisburg zum Teil zu Personalabbau geführt, weil wir deren Stellen nicht mehr fördern konnten. Und dann passierte folgendes: Im August hatte uns Berlin überraschend sechs Millionen Euro überwiesen...

Katja Leistenschneider: ... aber die Leute waren schon weg...

Frank Böttcher: ... und das Geld musste bis zum Ende des Jahres ausgegeben sein. Zum Glück haben wir eine sehr leistungsfähige Trägerlandschaft in Duisburg, die in der Lage ist, kurzfristig entsprechende Förderungen anzubieten. Aber dieses Hin und Her, das ist angesichts der Problemlagen der Menschen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, ich kann das nicht anders sagen, wirklich eine Schande. Wir brauchen eine Beständigkeit in den Rahmenbedingungen, dann können wir deutlich besser helfen.

Katja Leistenschneider: Frau Dittmann, eine Sache interessiert mich noch sehr: Wie wichtig sind Ihnen die Deutschkenntnisse der Bewerber?

Anja Dittmann: Ja, sie müssen Deutsch können. Aber! Wir sagen: Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit, das müssen die Leute mitbringen – alles andere können sie lernen.

Katja Leistenschneider: Dennoch, Frau Castillo-Hernandez, wenn wir über Integration und Arbeit sprechen, ist Sprache ein zentraler Punkt. Welche Angebote gibt es da bei der NEUEN ARBEIT?

Brigitte Castillo-Hernandez: Menschen, die aus Südosteuropa zugewandert sind und keinen Leistungsbezug haben, müssen Deutschkurse aus eigener Tasche finanzieren. Das können sie aber nicht. Die meisten kommen ja ohne Geld. In unserem Projekt „MiA“ hatten wir daher eine Sprachlehrkraft eingestellt, die für uns die Sprachkenntnisse der Menschen, die wir vermitteln wollten, überprüft hat. So konnten wir zum Beispiel einen Kandidaten an einen Bäcker vermitteln – zum Brötchen schmieren, für den Verkauf fehlte noch die Sprachkompetenz. Zugleich hat der Bäcker dann die Arbeitszeiten des Mitarbeitenden so gelegt, dass er an unseren Sprachkursen teilnehmen konnte.

Katja Leistenschneider: Wir kommen nun zum Ende. Für Sie heißt das: Letzte Chance, das loszuwerden, was Ihnen noch unter den Nägeln brennt.

Frank Böttcher: Wir brauchen Regelungen in der Sozialgesetzgebung, die eine Weile lang Bestand haben – damit wir arbeiten können!

Brigitte Castillo-Hernandez: Wir brauchen mehr Arbeitgeber, die den Mut haben, Menschen einzustellen, deren Sprachkenntnisse noch nicht so ausgereift sind. Zudem brauchen wir eine verlässliche Finanzierung von Projekten. Und beim Thema Südosteuropa wünsche ich mir, dass wir unseren Blickwinkel verschieben: Weg von den Problemen, hin zu den Möglichkeiten und den Potenzialen. Wir reden hier ja über Menschen, die in der Lage sind, unserem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wenn wir mehr in Qualifizierung und Weiterbildung investieren.

Katja Leistenschneider: Herzlichen Dank an alle Beteiligten!

WISSENSCHAFTLICHER INPUT

Kommunale Sicht: Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung aus Südosteuropa

> **WENN WIR ÜBER CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN SPRECHEN, MUSS MAN ZUNÄCHST DIE KOMPLEXITÄT BESSER VERSTEHEN.**
>
> Prof. Dr. Christian Schramm,
> IU Internationale Hochschule

Professor Christian Schramm sucht Antworten auf Fragen zu komplexer Integration. Der Soziologe hat an der Ruhr-Universität Bochum gearbeitet, er forscht und lehrt an der Internationalen Hochschule in Essen und er ist Mitglied des Interdisziplinären Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (InZentIM) an der Universität Duisburg-Essen. Bei der Sozialkonferenz Ruhr war er angetreten, um über das Thema „Kommunale Sicht: Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung aus Südosteuropa“ zu sprechen. Doch gleich zu Beginn seines Vortrags überraschte der Wissenschaftler das Publikum. Der Titel seines Inputs müsse geändert werden.

„Ich mache einen neuen Vorschlag“, sagte Schramm. „Nämlich: ‚Warum wir uns nicht mehr als Einwanderungsregion verstehen sollten‘. Dazu müssen wir unseren Blick richten auf die Komplexität von Migration und die Notwendigkeit der Ausdifferenzierung von Integrationspolitik – und wie man darauf antworten kann.“

Schramm erinnerte daran, dass sich der Migrationsdiskurs in Deutschland in vier Phasen entwickelt habe. Lange vorbei seien die Zeiten, in denen man habe behaupten können, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Auch die Phase, in der man dann akzeptiert habe, dass die Bundesrepublik zu einem Zuwanderungsland werde, sei passé. Schließlich habe sich der Diskurs dahingehend entwickelt, Deutschland als „Einwanderungsland“ zu bezeichnen. So weit, so richtig. „Doch heute ist Deutschland eine Migrationsgesellschaft, ein Migrationsland“, sagte Schramm, „wir brauchen also ein Weiterdenken vom ‚Kommunalen Integrationsmanagement‘ („KIM“) hin zu einem umfassenderen Modell namens ‚Kommunale Services für Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration‘ (KOSMATI).“

Grundlage für seinen Vortrag waren die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Zuwanderung aus Südosteuropa – Teilhabe und Zusammenhalt auf kommunaler Ebene ermöglichen“ („ZuSudo“), das er von April 2021 bis Juli 2024 im Auftrag der Ruhr-Universität Bochum koordiniert hatte. Die Forscher*innen waren dabei unterwegs in Duisburg, Essen, Dortmund, Hagen, im Kreis Recklinghausen und in Rumänien. Sie hatten 600 Interviews geführt mit Zugewanderten, kommunalen Fachkräften und Vertreter*innen von Migrantenorganisationen.

Das „ZuSudo“-Projekt hatte zum einen das Ziel, die Diversität der Migrierendengruppen – etwa in Bezug auf ethnisch-kulturelle Zuschreibungen, religiöse Orientierungen, Bildungsabschlüsse oder Beschäftigungserfahrungen – sowie die Komplexität ihrer Migrationsprojekte aufzuzeigen. Zum anderen ging es darum, die kommunalen Wahrnehmungs- und Handlungsmuster – überwiegend in den Ankunftskommunen, aber auch in einigen rumänischen Herkunftskommunen – näher zu untersuchen und zu fragen, inwieweit diese zu den Erfahrungen und Erwartungen der Migrierten passen.

„Wenn wir nun über Chancen und Herausforderungen sprechen wollen, muss man also zunächst die Komplexität besser verstehen“, so Schramm. Dies sei ein wichtiger Impuls zur Weiterentwicklung der Gestaltung von Integrationsarbeit.

Will man sich nun mit der Arbeitsmarktintegration befassen, müsse man zunächst in die Vergangenheit schauen. Dabei gelte es zu berücksichtigen, dass unter den Migrierenden eine sehr große Heterogenität zu beobachten sei. Die zentrale Frage laute: „Was haben die Menschen gemacht, bevor sie bei uns angekommen sind?“. Nur wenn man darauf eine Antwort habe, könne man die Merkmale und Ausprägungen erkennen, die dazu führten, dass sich Menschen als Gruppe, als „Community“ verstünden. Und der Blick auf ihre Vorstellungen und Pläne sei wiederum die Grundlage dafür, die Menschen zu erreichen und zielgruppengerechte Maßnahmen für sie zu entwerfen. „Man muss verschiedene Wege vielleicht neu denken, aber das darf man nicht aufgeben“, sagte Schramm. „Es ist eben ein dynamischer Prozess.“

Bei der Betrachtung von Migrationsbewegungen zeige sich eine ebenso große Komplexität. Von den 600 im Rahmen des „ZuSudo“-Projekts befragten Personen sei nur etwa ein Drittel einmalig von Rumänien oder Bulgarien ins Ruhrgebiet gezogen. Die beiden übrigen Drittel haben jeweils zwei bis drei, beziehungsweise bis zu 15 Migrationen durchlebt. „Dadurch sprechen die Menschen zuweilen eine ganze Reihe von Fremdsprachen“, erklärt Schramm. „Da muss man schauen, wie sich dieses Potenzial erschließen lässt.“

Auch die sich häufiger wandelnden Motivlagen für die Migration seien geprägt von Komplexität. Während viele Befragte häufig existenzielle Beweggründe für das Verlassen ihrer Herkunftsländer angaben, spielten stets auch familiäre oder berufliche Gründe eine große Rolle. „Wenn wir die Menschen gut beraten wollen, müssen wir diese Motivlagen verstehen und erfassen können“, sagte Schramm. „Aber das ist eine Herausforderung.“

Aufgabe der Wissenschaft sei es, die vorab skizzierten Komplexitäten zu reduzieren. Das Stichwort laute „Typologisierung“. Schramm verweist daher darauf, dass man von vier großen Migrationstypen ausgehen könne, die überall auf der Welt, in unterschiedlich starker Ausprägung zu beobachten seien. „Dazu stelle ich jetzt mal eine Hypothese auf“, sagte Schramm. „Ich unterstelle Ihnen, dass Ihr typisches Bild von Migration so aussieht: Jemand kommt hierher – und dann soll er auch bleiben und den kompletten Integrationsprozess durchlaufen.“

Darüber gerate aber aus dem Fokus, dass es weitere Migrations-Typen gebe: „Rückkehr-Wanderer“, die zunächst ein gewisses Ziel verfolgen und danach zurück zu ihren Familien in den Herkunftsländern wollen, „Zirkuläre Wanderer“, die häufig zwischen dem Herkunftsland und wechselnden Arbeitsorten in Deutschland pendeln, sowie „Transnationale Wanderer“, die ohne klar erkennbare Strategie durch die Welt ziehen und häufig ihre Jobs wechseln.

Übertragen auf die beim „ZuSudo“-Projekt untersuchten Kommunen, habe sich gezeigt, dass etwa die Hälfte der Befragten zur Gruppe der klassischen Einwanderer*innen oder Einwandererfamilien gehöre. Die andere Hälfte setze sich aber aus den drei weiteren Migrations-Typen zusammen. „Und da stellt sich die Frage, ob Sie die mit Ihren Programmen ansprechen?“, sagte Schramm zum Publikum.

Für die Betrachtung der komplexen Strukturen in den Ankunftskommunen hat Schramm ebenfalls eine Typologisierung im Gepäck. Dabei handelt es sich um drei „WAMMI“-Typen („Wahr-NehmungsMuster Migration-Integration“). „Nach meinem Vortrag dürfen Sie dann gerne überlegen, welches WAMMI Sie sind“, scherzte Schramm.

Den Anfang macht der „Kontroll-Bürokrat“. Er hat stets die Regeln im Blick und droht bei Nichtbefolgung mit Sanktionen. Er fürchtet die Gefahr von Sozialmissbrauch und ist gegenüber dem Thema Migration eher negativ eingestellt. Der „Engagierte Bürokrat“ hingegen zeige sich kooperativ und sei eher bestrebt, den Migrant*innen im Rahmen der Regeln zu helfen. Auf der anderen Seite des Spektrums stünden die Sozialarbeitenden, unterteilt in „Wohlfahrtshelfende“, die Hilfebedürftigen beistehen und Defizite „des Systems“ kompensieren möchten, und „Engagierte Migrierendenversteher“, die mit einem differenzierten sozialkulturellen Wissen sensibel seien für Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen. Zwischen diesen beiden Gruppen gebe es noch die „Manager“. Diese verstünden sich als Vermittler zwischen allen Akteuren und sähen Migrant*innen als Potenzialträger, bei ihrer Arbeit setzten sie auf einen fördernden, aktivierenden Integrationsansatz.

Um bei den verschiedenen „WAMMI“-Typen ein Verständnis für die Position des jeweiligen Gegenübers zu fördern, empfiehlt Schramm den sprichwörtlichen Blick über den Tellerrand: „Vielleicht sollte jemand aus dem Ordnungsamt mal für drei Wochen bei der Diakonie mitarbeiten?“

Zu den wichtigsten Partnern bei allen kommunalen Integrationsbemühungen, dies müsse stets bedacht werden, gehören laut Schramm die Migrant*innen selbst, beziehungsweise deren Selbstorganisation(en), etwa in den religiösen Gemeinden. „Auch hier lauten die Fragen: Wie binden wir die mit ein, wie werden wir deren Bedürfnissen gerecht?“

Ebenso wichtig für die Integrationsarbeit, wenngleich auch ebenso schwierig zu erreichen, seien die Herkunftskommunen der Menschen in Südosteuropa. Mit ihnen sollte ein grenzüberschreitender Erfahrungsaustausch stattfinden, insbesondere da die betreffenden Länder nicht nur eine hohe Auswanderung haben, sondern auch eine gewisse Zuwanderung in ihre Arbeitsmärkte erlebten. Gleichzeitig müssten sie mit den Rückkehrbewegungen ihrer vormals ansässigen Bevölkerung umgehen. „Das heißt“, so Schramm, „trotz unterschiedlicher Interessen und Wahrnehmungen gibt es Gemeinsamkeiten. Diese Länder müssen im Prinzip ähnliche Probleme bewältigen wie wir.“

Weiterlesen

Die Ergebnisse seiner Forschung hat Christian Schramm in einem Buch gesammelt und gemeinsam mit Ludger Pries herausgegeben:
„Komplexe Migration – Differenzierte Integration: Lokale Dynamiken zwischen Rumänien / Bulgarien und dem Ruhrgebiet“ (2024).
Nomos-Verlag, 250 Seiten, 64 Euro.

Weitere Informationen im Netz unter:
www.eu2migraruhr.eu

BEST PRACTICE

Praxis Dortmund: Lokale Integration konkret gestalten

Christiane Certa, Leitung Strategische Sozialplanung, Stadt Dortmund
Melanie Flusche, Geschäftsführung Operativ, Agentur für Arbeit Dortmund

Zur Eröffnung des zweiten „Best Practice“-Vortrags bei der Sozialkonferenz Ruhr stellte Moderatorin Katja Leistenschneider fest: „Dortmund ist eine der Kommunen, bei denen es heißt: Da läuft die Integration der Menschen aus Südosteuropa gar nicht so schlecht.“ Warum das so ist, und wie die konkrete Handlungsstrategie in Sachen Zuwanderung aussieht, erklärten Christiane Certa, Diplom-Soziologin und Leiterin der Strategische Sozialplanung bei der Stadt Dortmund, sowie Melanie Flusche, die Geschäftsführerin Operativ der Dortmunder Arbeitsagentur.

> **„WIR WISSEN, WIE ES GEHT. WIR BRAUCHEN ABER AUCH DIE NÖTIGEN RAHMENBEDINGUNGEN.**
> Christiane Certa

Als in den 2000er-Jahren die Erkenntnis aufkam, dass die städtische Integrationsarbeit in Dortmund neu ausgerichtet werden muss, habe es zunächst einen großen Diskurs aller Beteiligten gegeben, blickt Certa zurück. Streetworker*innen, Vertreter*innen von Jugendhilfe und Sozialamt, der Arbeitsagentur sowie allen relevanten Bereichen innerhalb und außerhalb der Verwaltung, Ehrenamtliche und Migrantenselbstorganisationen trafen sich zum Wissensaustausch. Dies alles sei mit dem Ziel geschehen, einen besseren Zugang zu den Menschen zu bekommen. „Ich glaube, wir waren eine der ersten Kommunen, die sich so intensiv mit dem Thema beschäftigen mussten, um die erhitzte Diskussion um Themen wie Problemimmobilien oder Straßenprostitution zu versachlichen – und wir haben dabei eine Menge über die Bedarfe der Zielgruppe gelernt“, sagte Certa. „Wir wissen jetzt, wie es geht. Wir brauchen aber auch die Rahmenbedingungen, dieses Wissen in die Praxis umzusetzen.“

Eine einzige Folie flankierte Certas Vortrag. Das Publikum sah die Skizze mit dem Titel „Gesamtstrategie Neuzuwanderung: Struktur und Akteure“, darauf: eine Tabelle, Pfeile, Logos. Die Darstellung enthielt so viele Informationen, dass die Betrachter*innen kaum folgen können. „Müssen Sie auch gar nicht“, beruhigte Certa, „diese Folie bildet sämtliche Ebenen des Netzwerks ab, das wir bisher in Dortmund aufgebaut haben.“ Deutlich wurde: In Dortmund ziehen unfassbar viele Menschen unterschiedlicher Institutionen gemeinsam an einem Strang, um zu einer erfolgreichen Integration der Ankommenden beizutragen. „Und das gelingt, weil wir uns – trotz unterschiedlicher Blickrichtungen – auf das gleiche Leitziel einigen konnten: Wir alle wollen, dass alle Menschen in Dortmund gute

„DIE MENSCHEN KOMMEN NICHT VON SICH AUS ZU UNS. WIR MÜSSEN AUF SIE ZUGEHEN.“

Melanie Flusche

Start- und Rahmenbedingungen haben, um die Stadtgesellschaft aktiv und selbstwirksam mitgestalten zu können. Jeder trägt das bei, auch wenn es noch so wenig ist, was alle nach vorne bringt. Das ist für uns der kleinste gemeinsame Nenner.“ Am Ende des Prozesses habe die Annahme gestanden, Erwerbsintegration sei, für die, die bleiben möchten, eine sehr gute Ebene, um sich in Dortmund verwirklichen zu können und teilzuhaben.

Beim Stichwort „Erwerbsintegration“ holte Moderatorin Leistenschneider die Geschäftsführerin der Dortmunder Arbeitsagentur ans Mikrofon. Melanie Flusche berichtete unter anderem von einem, wie sie es nennt, „ganz besonderen Projekt“. Im Zuge eines EU-Modellvorhabens wird in bundesweit fünf Städten – Dortmund, Hamburg, München, Frankfurt und Mannheim – erprobt, wie die Erwerbsintegration von Unionsbürger*innen innerhalb der Strukturen der Arbeitsverwaltung verbessert werden kann. In Dortmund setzen die Arbeitsagentur, das Jobcenter und die Stadt den Ansatz gemeinsam mit freien Trägern um. Eine zentrale Erkenntnis: „Es gibt bei den Menschen aus Südosteuropa große Vorbehalte gegenüber Ämtern und Bürokratie. Sie kommen daher nicht von sich aus zu uns, wir müssen zu ihnen gehen. Wenn sie sich dann auf eine ganzheitliche Beratung einlassen, kann auch eine stabile Erwerbsintegration gelingen.“ Das Projekt sei bisher „wirklich sehr erfolgreich“ verlaufen, es sei gelungen, das Vertrauen der Zielgruppe zu gewinnen und es hätten viele Beratungen stattgefunden.

Der Aufbau der Dortmunder Netzwerk-Landschaft habe mehr als ein Jahrzehnt benötigt, merkte Moderatorin Katja Leistenschneider an – und ein Großteil dieser Arbeit habe nur realisiert werden können, weil es immer wieder projektbezogene Förderungen gegeben habe. Eben diese Art der Förderung sei problematisch, sagte Christiane Certa. „Wir können unsere Angebote immer nur über Projektmittel sichern. Das liegt daran, dass es zum Zeitpunkt der EU-Osterweiterung Regelungsdefizite gegeben hat, die sich bis heute fortsetzen. Wenn die Finanzierung eines Projekts nicht verlängert wird, muss die Stadt einspringen. Das belastet die kommunalen Haushalte enorm und das können wir auf Dauer nicht mehr stemmen.“

Auch das von Melanie Flusche skizzierte, erfolgreiche EU-Modellvorhaben ist nur für einen begrenzten Zeitraum gedacht. Ende 2025 läuft es aus. „Wir wünschen uns sehr, dass es nicht bei einem Projekt bleibt, sondern dass es sich verstetigt – so können die Menschen, die in Dortmund Wurzeln schlagen wollen, es auch tun. Denn, wir wissen ja alle: Ohne Zuwanderung geht es nicht!“

POLIT-TALK

Vom Ruhrgebiet bis nach Brüssel: Integration im Schulterschluss

Karl-Josef Laumann, Minister, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW

Sebastian Jobelius, Unterabteilungsleitung Ib (Erwerbsmigration, Integration in den Arbeitsmarkt), Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Antoine Kasel, Direktor, Direktorat E (Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Internationale Angelegenheiten), Europäische Kommission

Garrelt Duin, Regionaldirektor, Regionalverband Ruhr

Katja Leistenschneider, Moderation

> **„WENN WIR DIE AKTEURE, MASSNAHMEN, STRATEGIEN, INSTRUMENTE UND REGIERUNGSEBENEN NICHT STRATEGISCH MITEINANDER VERBINDEN, WERDEN WIR KEINEN ERFOLG HABEN.**
>
> Antoine Kasel

Nach den Einblicken in Wissenschaft und Praxis folgte als finaler Programmpunkt der Sozialkonferenz Ruhr 2025 eine Diskussion mit Vertretern der Politik. Das hochkarätig besetzte Podium besprach das Thema „Vom Ruhrgebiet bis nach Brüssel: Integration im Schulterschluss“.

Katja Leistenschneider: Herr Kasel, Sie waren gestern noch in Duisburg unterwegs. Welche Eindrücke haben Sie von dort mitgenommen?

Antoine Kasel: Mein erster Eindruck war geprägt vom großen Engagement der lokalen Akteure. Natürlich haben wir auch gesehen, vor welchen Herausforderungen das Quartier steht. Für uns, als EU, sind solche Blicke hinter die Kulissen sehr wichtig, um Maßnahmen und Methoden anpassen und gestalten zu können. Denn im Laufe meines Berufslebens habe ich gelernt: Wenn wir die Akteure, Maßnahmen, Strategien, Instrumente und Regierungsebenen nicht strategisch miteinander verbinden, werden wir keinen Erfolg haben.

Katja Leistenschneider: Wie wichtig es ist, sich zu vernetzen, haben wir heute ja schon gehört. Wir haben aber auch gehört, dass die Menschen vor Ort den Eindruck haben, außerhalb ihrer Kommunen gäbe es keine verlässlichen Strukturen. Herr Laumann, die Kommunen fordern, dass ihnen der Rücken freigehalten wird, damit sie arbeiten können. Sehen Sie es auch so, dass es die Kommunen unheimlich schwer haben, weil ihre Gegenüber nicht genau wissen, was sie vor Ort alles leisten?

Karl-Josef Laumann: Ich glaube, dass wir wissen, was die Kommunen leisten. Die Lage ist aber nun mal sehr differenziert. Entsprechend differenziert müssen wir argumentie-

> **WAS WIR FÜR EINE ERFOLGREICHE INTEGRATIONSARBEIT BRAUCHEN, SIND VERTRAUEN, KENNTNIS – UND KONTINUITÄT.**
>
> Garrelt Duin

ren, um der Sache gerecht zu werden. Wenn 15.000 Bulgaren und Rumänen in Gütersloh sind, dann weiß ich, wo – nämlich in der Fleischindustrie. Haben wir aber eine gleich große, oder noch höhere Anzahl in Duisburg, ist das etwas anderes. Als Arbeitsminister kenne ich die Branchen in Nordrhein-Westfalen ziemlich gut, die ohne osteuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überhaupt nicht mehr funktionieren würden. In den Schlachthöfen ist es bereits gelungen, die Arbeitsbedingungen erheblich zu verbessern. Das war wichtig, damit die Menschen, die dort arbeiten, auch eine vernünftige Perspektive haben. Blicken wir aber zum Beispiel auf die Paketbranche, sehen wir, dass dort insbesondere die „Letzte Meile" ein großes Problem ist. Dort gibt es noch immer Arbeitsverträge, wie sie früher auch in der Fleischindustrie üblich waren; zudem fehlt eine elektronische Zeiterfassung, um zu kontrollieren, ob der Mindestlohn gezahlt wird. Wir dürfen über solche ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse nicht hinwegsehen – egal, aus welchem Land die Betroffenen kommen.

Katja Leistenschneider: Vielleicht hätte es solche ausbeuterischen Verhältnisse ja gar nicht gegeben, wenn die Menschen, die hier herkommen, besser über ihre Rechte Bescheid wüssten? Herr Duin, wie sehen Sie das mit Blick auf das Ruhrgebiet?

Garrelt Duin: Wir haben heute schon viel darüber gehört, wie es gelingen kann, Menschen zu erreichen. Ich möchte das daher mal auf einen Punkt konzentrieren, und ich bin sicher, dass Land und Bund, aber auch die Europäische Union bereit sind, an diesen Punkt heranzugehen – und das ist etwas, das ich jetzt mal „die Projekteritis" nenne. Es gibt sicher gute Gründe in der Politik, Projekte auf einen begrenzten Zeithorizont auszurichten. Was wir aber für eine erfolgreiche Integrationsarbeit brauchen, sind Vertrauen, Kenntnis – und Kontinuität. Daher sollte die wichtigste Erkenntnis des heutigen Tages sein, dass wir zu mehr Kontinuität kommen müssen! Ich bin ebenfalls der Meinung, dass diejenigen, die vor Ort tätig sind, wissen, was zu tun ist. Und wir müssen sie in die Lage versetzen, ihre Arbeit zu machen – und zwar dauerhaft, damit sie sich nicht nur von Programm zu Programm hangeln müssen. Wir brauchen dazu keine neue Sozialgesetzgebung, wir brauchen auch kein neues Programm mit der EU. Vielmehr müssen wir die zum Teil existierenden Unvereinbarkeiten dieser Programme überwinden. Das wäre ein wichtiger Schritt für die Handelnden vor Ort.

Katja Leistenschneider: Wenn wir über Programme reden, auch das haben wir heute gehört, gibt es Menschen, die sagen, sie hätten den Überblick verloren. Mehr noch: Sie sagen, sie verstünden das System nicht mehr. Solche Kritik ist auch an den Bund gerichtet. Herr Jobelius, was sagen Sie dazu?

Sebastian Jobelius: Dazu erstmal eine Vorbemerkung, was den Arbeitsmarkt angeht: Ohne die Migration und die Zuwanderung aus der EU, insbesondere aus Rumänien und Bulgarien, würde unser Arbeitsmarkt überhaupt nicht funktionieren…

Katja Leistenschneider: … das ist unbestritten…

Sebastian Jobelius: …ja, aber es ist wichtig. Es funktioniert ja an vielen Stellen, dass Menschen, die zu uns kommen, in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind. Und gleichwohl ist es auch so, dass wir viele Probleme haben, die bei der Integration auftreten, und die man vor Ort am stärksten spürt. Vor Ort, in der Kommune, das hat die Sozialkonferenz Ruhr heute deutlich gezeigt, läuft eben alles zusammen. Die Bundesregierung hat die Migration aus Südosteuropa sehr prominent im Koalitionsvertrag verankert und schaut sich dieses Thema und die Themen, die damit zusammenhängen, auch an. Ein erster Ort, wo das nun Niederschlag findet, ist die SGB-II-Reform. Und da werden jetzt zum Beispiel schon erste Sachen adressiert, die helfen sollen, auch vor Ort manche Probleme anzupacken.

Katja Leistenschneider: Machen Sie das mal konkret.

Sebastian Jobelius: Wir haben ja gehört, dass es schwierig ist, manchen Gruppen dafür zu gewinnen, bestimmte Maßnahmen auch anzunehmen. Da sind wir bei den Mitwirkungspflichten. Die müssen wir jetzt mit der SGB-II-Reform nochmal schärfer…

Katja Leistenschneider: … da muss ich jetzt einhaken. Mitwirkungspflicht! Wenn die Leute kein Deutsch sprechen und keine Kinderbetreuung haben, die Kinder nicht in die Schule gehen… Wie soll das dann funktionieren?

Sebastian Jobelius: Was die Mitwirkungspflicht angeht, hat das Jobcenter ja die Möglichkeit, mit Sanktionierungen tätig zu werden.

Katja Leistenschneider: Eine Verschärfung von Sanktionen ist ja im Prinzip das, was schon früher nicht so richtig funktioniert hat.

Es folgt eine Wortmeldung von Frank Böttcher, dem Leiter des Jobcenters in Duisburg.

Frank Böttcher: Man muss bedenken, wie differenziert die Situation ist, Frau Leistenschneider. Das Beispiel, das Sie gerade gemacht haben – alleinerziehend, ohne Sprachkenntnisse –, solche Leute gibt es. Aber um die geht es nicht bei dieser Diskussion. In Duisburg finden 30 Prozent der Termine nicht statt, weil die Leute nicht erscheinen. Da brauchen wir einen Hebel, damit Beratung und Integration überhaupt stattfinden können. Allein die Möglichkeit, dass wir sanktionieren könnten, bewirkt bei vielen Menschen, dass sie zu uns kommen.

Sebastian Jobelius: Wenn wir ernst nehmen, dass es eine sehr komplexe Gruppe ist mit ganz, ganz vielschichtigen Problemen, dann muss man auch zulassen, dass es für die eine Gruppe eine andere Antwort gibt als für eine andere. Bei der SGB-II-Reform wird es zum Beispiel auch darum gehen, dass Alleinerziehende früher mit einbezogen werden. Da ist das Jobcenter dann anders aufgestellt, und dann können alle Rädchen ineinandergreifen, weil die Akteure mit besseren Instrumenten ausgestattet sind. Als Bundesregierung versuchen wir, die Instrumente zu verbessern, damit vor Ort besser gearbeitet werden kann. Ziel ist es, in die Strukturen hineinzuwirken und die Akteure zu stärken. Ich hoffe auch, dass, wenn die SGB-II-Reform einmal durch ist, etwas Ruhe ins System kommen kann. Dass dies gelingen kann, haben wir ja auch bei den Berufssprachkursen gezeigt. Einst waren die als Programm des Europäischen Sozialfonds (ESF) gestartet, jetzt sind sie eine verstetigte, enorm wichtige Leistung.

Es ist halt nicht immer möglich, aber da, wo es geht, versuchen wir als Bund diese Verstetigung und Verlässlichkeit hinzubekommen.

> **ALLE UNSERE MASSNAHMEN KÖNNTEN WIR OHNE DEN ESF NICHT MACHEN. DER ESF HILFT UNS, ETWAS FÜR DIE ÄRMSTEN ZU TUN, DIE IN DEUTSCHLAND ODER EBEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN GESTRANDET SIND.**
>
> Karl-Josef Laumann

Katja Leistenschneider: Herr Laumann, ich habe den Eindruck, dass Sie dazu noch etwas loswerden wollen?

Karl-Josef Laumann: Bei allem Verständnis für die notwendige Differenziertheit in der Betrachtung, haben wir ja augenscheinlich in Teilbereichen des Ruhrgebiets die Themen Schrott-Immobilien und Zuwanderung in Minijobs. Dabei geht es auch um die Ausbeutung des Sozialsystems der Bundesrepublik Deutschland. Man muss ganz offen sagen: Wenn jemand hierherkommt, einen 500-Euro-Job macht – und seine ganze Familie hat damit Zugang zu den Sozialleistungen, dann haben wir damit ein Problem. Das muss auf europäischer Ebene geregelt werden. Es gibt Urteile des Europäischen Gerichtshofs, nach denen Menschen mit geringfügiger Beschäftigung vollen Zugang zu unserem Sozialsystem haben – und dafür gibt es keine Akzeptanz in der Bevölkerung. Ich glaube, dass die Bundesregierung das ganz massiv in Brüssel vortragen wird. Wir sehen ja, zu welchen politischen Verwerfungen die Probleme vor Ort führen. Und diese Verwerfungen machen wahrscheinlich nicht nur mir Sorgen. Ich möchte auch noch einmal auf das Thema der projektbezogenen Förderung eingehen. Alles, was ich als Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen tun kann, sind befristete Projekte. Weil ich sie über den ESF finanziere. Trotzdem denke ich nicht im Traum daran, diese Projekte zu beenden. Selbst wenn diese Projekte in der Regelfinanzierung wären, unterlägen sie der Jährlichkeit des Haushaltes. Es gibt keine ewige Finanzierung im öffentlichen System. Insofern ist an dieser Stelle ein dickes Dankeschön an die Europäische Union angebracht. Alle unsere Maßnahmen könnten wir ohne den ESF nicht machen. Der ESF hilft uns, etwas für die Ärmsten zu tun, die in Deutschland oder eben in Nordrhein-Westfalen gestrandet sind.

Katja Leistenschneider: Herr Kasel, wir haben es gerade gehört: Wer einen 500-Euro-Job macht, hat vollen Zugang zum Sozialsystem. Das ist doch ein Problem. Wie sieht das die EU?

Antoine Kasel: Das ist eine komplexe Angelegenheit. Es geht hier um die Freizügigkeit in der EU, die in unseren Verträgen verankert ist, und die wir natürlich gemäß den Regeln behandeln müssen. Zugleich müssen wir gegen Missbrauch vorgehen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass wir Migration brauchen, weil ansonsten die Wirtschaft in unseren alternden Gesellschaften nicht funktioniert. Gesprochen haben wir heute auch über Vorbehalte gegenüber einer möglichen EU-Erweiterung. Dabei sollten wir bedenken, dass Erweiterungen für die EU eine Chance darstellen – insbesondere, da wir in einer Welt leben, in der sich manche Staaten andere Länder mit Gewalt unter den Nagel reißen wollen. Jetzt komme ich zu Ihrer Frage. Was ich hier beobachte, sind sehr komplexe lokale Strukturen, die optimiert werden müssen.

Wie ich heute gehört habe, gibt es in Dortmund und Hagen strategische Ansätze – solche Ansätze sollten weiterverfolgt werden. Zugleich sollte man prüfen, welche Ansätze nicht funktionieren und sie über Bord werfen, flankierend dazu sollte auch der Missbrauch bekämpft und der Zugang zu Finanzmitteln an Bedingungen geknüpft werden. Ein Beispiel könnte sein, dass an Eltern nur Gelder ausgezahlt werden, wenn ihre Kinder auch in die Schule gehen. Ebenso wichtig ist Prävention. Und das bedeutet nun einmal soziale Investitionen – in Schulen, in Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Somit ist diese Prävention eine Art korrigierendes Mittel, um Probleme des Lebens anzugehen, wann immer sie auftreten…

Katja Leistenschneider: Herr Kasel, Sie ziehen sich ein wenig aus der Verantwortung. Sie sagen, Freizügigkeit ist super. Ist sie auch! Das hat keiner hier in Frage gestellt. Wir diskutieren aber, wie wir vor Ort damit umgehen können. Es ist doch so: 0,1 Prozent der Kommunen tragen die Last des Erfolges, den alle anderen Kommunen haben – und das sind die Kommunen, die hier vertreten sind. Herr Duin, da müssten Sie als Vertreter der Kommunen jetzt eigentlich mal einschreiten.

Garrelt Duin: Ich möchte an dieser Stelle gerne eine Lanze brechen für Herrn Kasel und viele andere Akteure. Im Januar war ich mit allen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern sowie Landräten des Ruhrgebiets in Brüssel. Dort haben wir, unter anderem mit der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, über verschiedene Themen gesprochen: Energiepreise, die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie – und viele andere. Und wir hatten auch ein Gespräch über das Thema Freizügigkeit, bei dem unser Gegenüber unseren Punkt überhaupt nicht verstanden hatte. Es hieß nur: Ja, dann machen wir halt noch ein neues Programm, um die Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Da sagten wir, das sei gar nicht unser Thema, und dass wir einfach Unterstützung aus der europäischen Ebene bei der Lösung unserer Probleme haben wollen. Dass sie mit ihren Anliegen kein Gehör finden, kennen die Stadtoberen ja bereits, etwa vom Deutschen Städtetag. Dort haben sie mit den Bürgermeistern von München, Eisenach oder Kiel zu tun – und die haben ja kein Problem mit Zuwanderung aus Südosteuropa. Daher finde ich es wunderbar, dass Herr Kasel sich die Zeit nimmt, zu Fuß durch Marxloh zu gehen, dass er heute den ganzen Tag hier bei dieser Konferenz ist, dass wir mit so unterschiedlichen Akteuren, trotz unterschiedlicher Rollen, aber am Ende ohne Schaum vorm Mund, dieses Thema mit wissenschaftlicher Begleitung und all dem, was dazugehört, offen besprechen können.

Sebastian Jobelius: Ich möchte auch noch etwas anmerken zur europäischen Dimension. Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas hatte bereits angekündigt, die Thematik auch in Brüssel anzusprechen. Und tatsächlich ist der Austausch darüber, was geltendes Recht hergibt, eine wichtige Maßnahme. Nur müssen wir uns dabei immer klarmachen: Wenn wir über europäische Maßnahmen reden, geht da nichts von heute auf morgen. Deswegen müssen wir am Ende die Probleme hier lösen.

Mit Blick auf die EU-Erweiterung, da sind wir ja gerade in Verhandlungen, haben wir die Möglichkeit, Übergangsregelungen zu treffen, was den Zugang zum Arbeitsmarkt angeht. Wenn irgendwann nächste Beitritte stattfinden, wird man die entsprechend gestalten können. Das ist ja auch etwas, das wir heute gehört haben: Man muss sich besser vorbereiten und verstehen, mit welchen Gruppen und Communities man es zu tun haben wird.

Garrelt Duin,
Karl-Josef Laumann

Katja Leistenschneider: Was mir heute aufgefallen ist: Auf der einen Seite haben wir kriminelle Strukturen. Da muss man dran! Auf der anderen Seite haben wir Menschen, die auf vielen Ebenen Opfer sind – denen müssen wir helfen. Viele von ihnen sind gekommen, um zu bleiben, und die müssen mit Beratung erreicht werden, damit sie ihre Rechte kennenlernen. Aber, den Eindruck habe ich, erscheint es oft einfacher, gegen die kriminellen Strukturen vorzugehen, als mit viel Akribie und Leidenschaft vor Ort ein funktionierendes Netzwerk aufzubauen, mit dem wir die Menschen, die zu uns kommen, wirklich erreichen.

Karl-Josef Laumann: Sie müssen bedenken, dass wir diese Ausnutzungsstrukturen, so will ich sie mal nennen, deswegen beenden müssen, damit wir für den anderen Ansatz in der Bevölkerung überhaupt eine Akzeptanz behalten. Wir können das Thema nicht ohne unsere Bevölkerung diskutieren – und da beobachten wir, dass es in Deutschland ein erhebliches Akzeptanzproblem in einem nicht unwichtigen Teil der Gesellschaft gibt. Nicht nur in bestimmten Quartieren des Ruhrgebiets, sondern überall. Wir können stolz sein auf unser soziales Sicherungssystem – aber wir werden keine Zuwanderung in diese sozialen Sicherungssysteme akzeptieren können! Ansonsten wird es nämlich nicht gelingen, hier, im größten Land Europas, eine gesellschaftliche Stimmung zu halten, die wir brauchen, um Integration hinzubekommen.

Garrelt Duin: Ich denke, dass eine Reform des Sozialstaats notwendig ist. Und ich glaube, dass wir hier ein Momentum haben. Es gibt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik einen Minister, der zuständig ist für Staatsmodernisierung. Sie müssen wissen, es gibt da ein Gutachten des Nationalen Normenkontrollrats mit dem Titel „Wege aus der Komplexität“. Es empfiehlt eine grundlegende Modernisierung der Sozialleistungsverwaltung in Deutschland – und das Thema ist jetzt ganz oben auf der Tagesordnung. Wenn es gelingt, bürokratische Aufwände zu verschlanken, entsteht neuer Raum, sich mit den wirklich wichtigen Dingen zu befassen.

Herausgegeber
Regionalverband Ruhr
Der Regionaldirektor
Kronprinzenstraße 35
D-45128 Essen

T: +49 (0)201 2069 - 0
F: +49 (0)201 2069 - 500
www.rvr.ruhr

Redaktion
Referat Bildung, Soziales und Regionalanalysen / RVR
Regina Schenberg
Gestaltung
Team Kommunikationsdesign / RVR

Fotografie
Rupert Oberhäuser
Text
Denis de Haas, Redaktionsbüro Ruhr

Essen, Januar 2026